

Wirtschaftliche Gerechtigkeit und Frieden

Grundsatzpapier der Kommission Gerecht Wirtschaften von Pax Christi Österreich
(November 2010)

A) Unser Selbstverständnis und die Leitlinien unseres Engagements

Als Kommission Gerecht Wirtschaften von Pax Christi Österreich stellen wir die Frage nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit aus dem Blickwinkel einer christlichen Friedensbewegung, die als Reaktion auf die Gräuel des Zweiten Weltkriegs entstanden ist. Eine der wichtigsten Ursachen für den Aufstieg des Nationalsozialismus und in weiterer Folge für den Zweiten Weltkrieg war großes wirtschaftliches Unrecht, das sich unter anderem in exzessiver Spekulation, Geldentwertung, Massenarbeitslosigkeit und Verelendung breiter Massen zeigte.

Zu allen Zeiten war wirtschaftliches Unrecht eine der Hauptursachen und Begleiterscheinung der meisten, wenn nicht sogar aller kriegerischen Auseinandersetzungen. Darüber hinaus ist wirtschaftliche Ausbeutung jeglicher Art per se ein friedloser Zustand, dem heute – global gesehen – Millionen Menschen täglich zum Opfer fallen. Auch sollte man nicht vergessen, dass die weltweiten ökonomischen Ungleichgewichte militärisch abgesichert werden. Die dazu erforderliche Rüstungsindustrie verschlingt wertvolle Ressourcen und tötet dadurch selbst ohne offenen Krieg. Aus all diesen Gründen wirft Pax Christi ein wachsames Auge auf die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen und bemüht sich, lebensfreundliche ökonomische Alternativen zu fördern.

- **Gerechtigkeit und Frieden**

Die Ökonomie wird gemeinhin als neutrale Wissenschaft verstanden, die nicht für die Frage der Gerechtigkeit zuständig sei.

Aus biblischer Sicht ist Gerechtigkeit jedoch ein zentraler Wert, an dem wir *alle* unsere Handlungen zu messen haben und dessen Quintessenz im Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe zusammen gefasst ist. Vision und Frucht dieser Gerechtigkeit ist ein umfassender Friede, hebräisch Shalom, der das Wohlergehen aller Menschen und der gesamten Schöpfung beinhaltet.

Es ist uns bewusst, dass das Bemühen um ein immer tieferes Verständnis dieser biblischen Friedensvision in der christlichen Tradition von heftigen Konflikten begleitet war und immer noch ist. In der Geschichte der Katholischen Soziallehre wurden in den letzten hundert Jahren insbesondere in der Frage der ethischen Bewertung des Kapitalismus erbitterte ideologische und theologische Kämpfe zwischen seinen BefürworterInnen und radikalen GegnerInnen ausgefochten. Schließlich setzte sich eine kapitalismusfreundliche Richtung durch, die an die Möglichkeit seiner Zählung glaubt. Die sozialen und ökologischen Zeichen der Zeit deuten allerdings unseres Achtens darauf hin, dass auch die Analysen und Vorschläge der grundsätzlichen KapitalismuskritikerInnen ernst genommen werden müssen, um die Chance auf kreative Lösungen zu erhöhen.

Wir schöpfen viel Hoffnung aus den Fortschritten der christlichen Ökumene und des interreligiösen Dialogs in Fragen der Wirtschaftsethik. Auf Österreichebene ist das Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich aus dem Jahre 2003, an dessen Vorbereitungsprozess wir uns beteiligten, eine hilfreiche Grundlage für eine vertiefende Weiterarbeit.

Im säkularen Bereich spiegelt sich das Ringen der Menschheit um Gerechtigkeit und Frieden eindrucksvoll in der Formulierung und zunehmenden Ausdifferenzierung der verschiedenen internationalen Menschenrechtsdokumente, insbesondere jener der Vereinten Nationen seit dem 2. Weltkrieg. Sie sind für unser Engagement ein wichtiger Bezugspunkt, umso mehr als unsere Dachorganisation Pax Christi International beratenden Status bei der UNO, UNESCO und dem Europarat hat.

- **Gebet, Studium und Aktion**

Unser Arbeitsprogramm gestalten wir gemäß jenen Grundpfeilern, die die Arbeit von Pax Christi von Anfang an prägten: Gebet, Studium und Aktion.

Im persönlichen wie auch im gemeinschaftlichen Gebet betrachten wir die konkreten wirtschaftlichen Anliegen im Lichte unseres Glaubens, um sie tiefer zu verstehen und um Kraft für unser Handeln zu schöpfen.

Durch intensives Studium bemühen wir uns, das nötige Wissen und Werkzeug zu erwerben, damit wir die maßgebenden Wirtschaftstheorien und –praktiken unseren Werten entsprechend überprüfen und fundierte Schlüsse ziehen können. Wir sind nicht bereit, angebliche Sachzwänge zu respektieren, die mit unserer Spiritualität unvereinbar sind, wie das Dogma vom unendlichen Wirtschaftswachstum oder das Prinzip der Profitmaximierung, sondern suchen nach Auswegen.

Unser konkretes Handeln wiederum hat eine private und eine gesellschaftspolitische Dimension, das heißt wir bemühen uns einerseits um mehr Gerechtigkeit in den eigenen wirtschaftlichen Angelegenheiten und treten andererseits auch öffentlich für gerechtere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen ein. Dabei suchen wir die Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens, auch das Gespräch mit Andersdenkenden, wobei die verschiedenen Methoden gewaltfreier Kommunikation, die in den letzten Jahrzehnten entwickelt wurden, sehr hilfreich sind.

B) Problembereiche, denen wir uns mit besonderer Aufmerksamkeit widmen

- **Wirtschaftliche Entwicklung und Wachstumsideologie**

Heute dominiert weltweit der Entwicklungsbegriff der kapitalistisch industrialisierten Länder. Der Maßstab für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung ist nach diesem Verständnis das Anwachsen der Wirtschaftsleistung eines Staates, gemessen im Bruttoinlandsprodukt (BIP), einer rein monetären Größe, die nichts über die tatsächliche Lebensqualität der betroffenen Menschen aussagt, sondern nur über die Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen. Oberstes Ziel der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ist im Sinne dieser kapitalistischen Ideologie ein beständiges, quasi unendliches Wirtschaftswachstum. Aufgrund der ökologischen Probleme wurde zwar der Begriff des qualitativen Wachstums geprägt, das ohne steigenden Ressourcenverbrauch auskommen soll, doch an der Grundausrichtung auf ein unendliches BIP-Wachstum wird nicht gerüttelt.

Wir halten diesem Modell entgegen, dass die zwanghafte Programmierung der Wirtschaft auf ein „Immer mehr“ grundsätzlich hinterfragt werden muss, ob es sich um materielle Produkte oder um Dienstleistungen handelt. Diese Art von mechanischem Wachstum kommt nachweislich nicht allen Menschen gleichermaßen zugute, sondern führt zu immer größeren Diskrepanzen zwischen Arm und Reich. Auch der Ressourcenverbrauch steigt trotz aller Absichtserklärungen und trotz des technologischen Fortschritts in Summe weiter an. Erstes Ziel der Wirtschaftspolitik muss daher sein, die Wirtschaft so zu organisieren, dass die berechtigten Bedürfnisse aller Menschen befriedigt werden können und behutsam mit der ganzen Schöpfung umgegangen wird. Je nach Ausgangslage wird dazu mehr oder weniger Wirtschaftswachstum vonnöten sein. Es ist uns bewusst, dass dieser Idealvorstellung einige systemimmanente Zwänge entgegen stehen; einer der wichtigsten kommt von der Konstruktion heutigen Geldes.

- **Geldwesen**

Das gegenwärtige Finanzsystem verpflichtet über seine Spielregeln – Kreditgeldschöpfung verbunden mit Zinseszins – zu unbegrenztem Wirtschaftswachstum. Es bewirkt eine ständige Umverteilung von Geldvermögen zugunsten der Wohlhabenden, und es funktioniert wie ein Pyramidenspiel nur bei ständiger Ausweitung von Schulden und Guthaben. Zur lukrativen Investition der ständig wachsenden, riesigen Geldvermögen eignen sich naturgemäß besonders industrielle oder sonstige Großprojekte, wie

Megastaudämme oder Plantagen für die Exportproduktion, während sozial- und ökologisch nachhaltige kleinere Projekte oft unter Finanzierungsproblemen leiden.

Zu all dem kommen noch die Probleme der nach neoliberalen Vorgaben weitgehend unregulierten Finanzmärkte, die eine Wirtschafts- und Finanzkrise nach der anderen produzieren.

Kurz- bis mittelfristig wäre unserer Meinung nach schon viel gewonnen, wenn die Finanzmärkte besser reguliert und durch eine Finanztransaktionssteuer die Spekulationen eingedämmt würden. Gleichzeitig müsste dringend mit den Vorarbeiten für eine grundsätzliche Neugestaltung des Geldwesens von der regionalen bis zur globalen Ebene begonnen werden. Die Politik sollte daher möglichst schnell ausreichend Mittel für die wissenschaftliche Arbeit an alternativen Geldmodellen zur Verfügung stellen und diesbezügliche ExpertInnen bei künftigen Weltwährungskonferenzen zur Beratung beiziehen.

- **Verteilungs- und Steuergerechtigkeit**

Johannes XXIII mahnte 1961 in der Enzyklika „Mater et magistra“: „Breitere Streuung des Eigentums ist, wenn jemals, so heute ganz besonders geboten.“ Trotz vieler solcher und ähnlicher Aufrufe hat die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen auf nationaler wie auf globaler Ebene seit damals stetig zugenommen, eine Entwicklung die durch den Siegeszug des Neoliberalismus massiv beschleunigt wurde. Während eine Minderheit sich weigert, ihre maßlosen Eigentumsansprüche dem Gemeinwohl unterzuordnen, wird das Recht auf Leben, Eigentum und Solidarität von Milliarden Menschen mit Füßen getreten.

In den sogenannten Sozialstaaten wie Österreich versucht die Politik über Steuern, Sozialausgaben und öffentliche Dienstleistungen einen sozialen Ausgleich zu schaffen und so den sozialen Frieden zu sichern. Doch selbst hier sind in den letzten Jahrzehnten infolge des globalen Standortwettbewerbs die Steuern auf Kapitaleinkommen und Gewinne deutlich gesenkt worden, sodass der Staat seine Einkünfte mehr und mehr aus Lohneinkommen und Massensteuern bezieht, jedoch nur mehr ca. 1 Prozent aus vermögensbezogenen Steuern. Diese Entwicklung widerspricht nicht nur dem finanzwissenschaftlich anerkannten Prinzip der „individuellen Leistungsfähigkeit“, sondern auch dem ethischen Prinzip der Sozialpflichtigkeit von Vermögen. Wir fordern daher einen angemessenen Beitrag der sehr Wohlhabenden zum Gemeinwohl und zur Bewältigung wirtschaftlicher Krisensituationen.

- **Lebensstil**

Durch unsere alltäglichen wirtschaftlichen Entscheidungen, seien es diejenigen als KonsumentIn oder ProduzentIn, als ArbeitnehmerIn oder ArbeitgeberIn werden unsere Werthaltungen sichtbar. Auch innerhalb wirtschaftlicher Unrechtsstrukturen ist es möglich, zumindest *etwas* zum Besseren zu verändern. Was und bei wem kaufen wir ein? Was und wie produzieren wir? Wie verbringen wir unsere Freizeit? Welchen Beruf wählen wir? Was machen wir mit unserem ersparten Geld? Wo engagieren wir uns? Viele Bereiche unseres persönlichen Lebens sind nicht nur von privater, sondern gleichzeitig von hoher politischer Bedeutung, weil sie politische Veränderungen vorbereiten helfen oder behindern.

Die Macht der Systemvorgaben auf das Leben der Menschen darf aber nicht unterschätzt werden. Einerseits sind die persönlichen Wahlmöglichkeiten - insbesondere jene ärmerer Menschen - oft stark eingeschränkt. Andererseits untergräbt der systemimmanente Zwang zu ständigem Wirtschaftswachstum die Bemühungen um einen einfachen, sozial und ökologisch verträglichen Lebensstil breiter Bevölkerungsschichten; denn die Produktionsrückgänge aufgrund nachlassenden Konsums ziehen im derzeitigen Wirtschaftssystem schwere Unternehmenskrisen, höhere Arbeitslosenzahlen und damit einen noch schneller wachsenden Staatsschuldenberg nach sich. Im Lichte unseres Glaubens betrachtet, handelt es sich bei dieser Abwärtsspirale eindeutig um eine Struktur des Unrechts. Wir hoffen, dass durch die Kreativität, den Mut und die Ausdauer vieler Menschen sowie durch wissenschaftliche Forschung das angeblich Unmögliche möglich und ein Weg zu einer friedensfähigen Wirtschaft gefunden wird.

Durch Vorstandsbeschluss zur Veröffentlichung freigegeben am 19.11.2010